

Aktionstag des ÖBVP am 26.06.2013:

„STOPP“ zum neuen PsychologInnengesetz!

PsychotherapeutInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, PatientInnen protestieren



Redebeitrag 8:

Mag. Dominik Witzmann

Pädagoge, Sonder- und Heilpädagog, Psychotherapeut
Vorsitzender des Niederösterr. Landesverbandes für Psychotherapie

Wenn man auf Landesebene versucht, eine Verbesserung der prekären Versorgungslage psychisch kranker Kinder, Jugendlicher und Erwachsener zu erreichen, bläst einem – zumindest in Niederösterreich – derzeit ein rauer Wind entgegen. Zahlen und Fakten liegen auf dem Tisch und sprechen eine eindeutige Sprache. Sie zeigen eine eklatante Unterversorgung mit Psychotherapie. Von der Landesregierung werden dennoch keine Gespräche zu einer Verbesserung der Situation angeboten.

Vielmehr konfrontiert man uns mit der Forderung, gemeinsam mit anderen Berufsverbänden einen umfassenden Versorgungsplan vorzulegen, um „psychotherapeutische Behandlungsleistungen als integrierten, unverzichtbaren Baustein einer umfassenden psychiatrischen und psychosozialen Versorgung zu zeigen“.

Wir sollen nicht nur die Aufgabe der Politik übernehmen sondern nachweisen, was seit über 20 Jahren gesetzlich verankert ist, was wissenschaftlich belegte Praxis ist zum Wohle der PatientInnen, was sowohl ambulant wie stationär, etwa im interdisziplinären Konzept der psychiatrischen Rehabilitation, über viele Jahre erfolgreiche Behandlungspraxis ist.

Für diesen Nachweis kommt aus der NÖ Landesregierung die Aufforderung zur Kooperation mit den angrenzenden Berufsgruppen. Gleichzeitig befürwortet dieselbe Landesregierung als eine der wenigen in Österreich vorbehaltlos einen Gesetzesentwurf, der ohne Einbindung der PsychotherapeutInnen, ohne Abstimmung mit VertreterInnen von ÄrztInnen und PatientInnen, und ohne Berücksichtigung zahlreicher kritischer ExpertInnen-Meinungen erstellt wurde. Dieses Gesetz beinhaltet keine klare Definition von Indikation und Behandlung, wie dies die Landesregierung von PsychotherapeutInnen fordert, es eröffnet vielmehr mit uneindeutigen Formulierungen Grauzonen in der Behandlung psychisch kranker und leidender Menschen.

Von uns fordert man Kooperation, schließt uns aber gleichzeitig aus wesentlichen Kommunikationsprozessen um die Entstehung des neuen Psychologengesetzes aus. Genauso ausgeschlossen werden im Übrigen auch die Psy-ÄrztInnen, mit denen auf Landesebene gerade die funktionierende Kommunikation weiter ausgebaut wird.

Aktionstag des ÖBVP am 26.06.2013:

„STOPP“ zum neuen PsychologInnengesetz!

PsychotherapeutInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, PatientInnen protestieren

Der NÖLP richtet sich selbstverständlich nicht gegen die Berufsgruppe der PsychologInnen oder grundsätzlich gegen das neue PsychologInnengesetz. Aber wir fordern wirkliche Kooperation und Einbindung in allen Belangen der Behandlung psychisch kranker Menschen.

Wir fordern Qualitätssicherung und -steigerung durch eine klare Abgrenzung und Indikation der Fachbereiche statt einer Verunsicherung von 400.000 PatientInnen und dem Eröffnen gefährlicher Grauzonen in diesem sensiblen Bereich.

Wir fordern den Ausbau der Psychotherapie statt über uneindeutige Gesetzestexte fragwürdige neue Behandlungszugänge zu schaffen, die methodisch-wissenschaftlich nicht abgesichert sind.

Diese Forderungen müssen im Wortlaut des neuen Gesetzes berücksichtigt werden.